

Arbeit ohne Aussicht

Die Kinder in Pakistans Teppichindustrie

von Andrea Lueg

**Man braucht nicht lange nach den Kindern zu suchen, die für Pakistans Teppichindustrie arbeiten. An-
derthalb Autostunden von Lahore entfernt, im Innern der Provinz Punjab, beginnt eine Gegend, in der
fast jedes Dorf von Landwirtschaft und Teppichknüpfen lebt.**

Kaloke, ein kleiner Ort inmitten von Reis- und Weizenfeldern. Der Boden ist fruchtbar, hier wächst zum Beispiel der teure Basmati-Reis. Trotzdem sind die Dorfbewohner bitterarm. Die meisten besitzen nur ein kleines Stück Land oder arbeiten für die örtlichen Großgrundbesitzer. Deshalb steht in fast jedem der Lehmhäuser einer oder mehrere Webstühle, an denen Männer, Frauen und eben auch Kinder arbeiten, um das magere Familieneinkommen aufzubessern. Meist haben die Räume keine Fenster und keine vernünftige Belüftung, alles ist von den Wollflusen bedeckt, die bei der Arbeit anfallen, und dort werden nicht nur die Teppiche gefertigt, sondern die ganze Familie wohnt, isst und schläft in demselben Zimmer.

Rubina und Samira, 13 und 15 Jahre, haben sich auf die schmale Bank des Webstuhls hinter die Bespannung gekauert. An der Wand in ihrem Rücken hängen die eingefärbten Wollfäden, aus denen sie Knoten um Knoten das Muster fertigstellen, das der Teppichhändler vorgegeben hat. Mit einem scharfen, sichelförmigen Messer schneiden sie die überstehenden Fäden ab und klopfen das ganze dann mit einem Metallkamm fest. Sechs bis zwölf Monate braucht es, bis jemand so geschickt knüpfen kann wie die beiden, die an einem kleinen Teppich etwa vier Wochen arbeiten. In einem Monat verdienen sie etwa 25 Mark. Die beiden Mädchen sind nie zur Schule gegangen, obwohl Kaloke zu den wenigen Dörfern zählt, wo es eine für Mädchen und eine für Jungen gibt. "Wozu?", sagen die meisten Eltern, "In der Schule würden sie ein bißchen Lesen und Schreiben lernen, aber was würde ihnen das nützen, damit könnten sie sich ihr Brot nicht verdienen." Der Unterricht hat einen ausgesprochen schlechten Ruf und die Jugendarbeitslosigkeit ist so hoch, daß man auch mit einem Mittelschulabschluß keine Aussicht auf einen Job hat.

Niemand leugnet, daß pakistanische Teppiche mit Kinderarbeit hergestellt werden. Aber Imran Malik vom Verband der Pakistanischen Teppichexporteure will von Ausbeutung nichts wissen. Er sieht sich und seine Verbandskollegen eher als Wohltäter. "Wo," meint er, "könnte es ein Kind besser haben als in seiner eigenen Familie, in seinem eigenen Zuhause, bei seinen eigenen Eltern, die es lieben?" Sicher würden Kinder in den Teppichdörfern mit an den Teppichen knüpfen, das ganze sei eben eine Familienarbeit, durch die es vielen Menschen besser gehe und bei der die Kinder ohne Zwang eine alte Handwerkstradition erlernten.

Untersuchungen von UNICEF, der pakistanischen Menschenrechtskommission HRCP und weiteren Organisationen zeichnen ein anderes Bild. Die Armut zwingt viele Eltern, ihre Kinder mehr als acht Stunden pro Tag am Webstuhl sitzen zu lassen und die Anzahl der Kinderarbeiter in der Teppichindustrie nimmt nicht etwa ab, sondern zu. Im Punjab werden sie derzeit auf eine Million geschätzt. Die meisten davon arbeiten an Webstühlen zuhause, einige aber auch in

privaten Betrieben. In beiden Fällen leiden die Kinder unter häufigen Schnittverletzungen durch die scharfen Messer, unter Rückenschmerzen und Wachstumsstörungen durch die gekrümmte Haltung am Webstuhl, unter Husten und Atemwegserkrankungen durch den Wollstaub. Zwei Drittel der Kinder erklärten in einer UNICEF-Untersuchung, sie würden von ihren Eltern oder Arbeitgebern geschlagen.

Die schlimmste Ausbeutung im Zusammenhang der Kinderarbeit besteht jedoch in der 'bonded labour' - der Schuldknechtschaft. Dabei erhalten die Eltern ein 'paishgee', eine Vorauszahlung, die sie häufig brauchen, um eine Hochzeit auszurichten oder die Arztkosten für einen Verwandten zu bezahlen. Dafür muß entweder die ganze Familie zuhause Teppiche knüpfen oder ihre Kinder an einen privaten Betrieb geben, wo sie die Schulden abarbeiten. Aber in den meisten Fällen gelingt es den Familien nicht, das Geld in einem absehbaren Zeitraum durch ihre Arbeit zurückzuzahlen und sie bleiben in diesem Schuldknechtschaftsverhältnis. Durch Tricks der Mittelsmänner und Teppichhändler wächst der Schuldenberg häufig sogar, statt sich zu verringern. Die Kinder, die zum Teil schon mit vier oder fünf Jahren gegen ein 'paishgee' verkauft wurden, müssen oft Schlimmstes ertragen. Es sind Fälle bekannt, in denen sie bei der Arbeit an den Webstuhl angekettet oder von ihren Arbeitgebern sexuell mißbraucht wurden.

Pakistans Teppichindustrie gehört zu den wichtigsten Exportzweigen des Landes. Doch in den letzten Jahren sind die Umsätze zurückgegangen. Das liegt zum einen an der starken Konkurrenz aus China, Indien und dem Iran, zum anderen an der wachsenden Sorge bei den Käufern in den westlichen Nationen, ob bei der Fertigung der Teppiche die Menschenrechte und besonders die Rechte der Kinder eingehalten werden. Nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen haben sich zur Aufgabe gemacht, das Bewußtsein für das Problem Kinderarbeit zu stärken und Druck auf die pakistanische Regierung und die Teppichhersteller auszuüben, vor allem die 'bonded labour' abzuschaffen und hinsichtlich der Kinderarbeit zumindest die bestehenden Gesetze durchzusetzen.

Doch in den letzten Monaten ist in der pakistanischen Öffentlichkeit eine heftige Debatte um die Arbeit und Seriosität von Nichtregierungsorganisationen und die Berichterstattung westlicher Medien über die Kinderarbeit entbrannt. Und zwar seit der Fall des Iqbal Masih in den westlichen Importstaaten, von denen Deutschland der zweitgrößte ist, Aufsehen erregte. Iqbal stammte aus dem Dorf Muridke im Punjab und wurde dort am 16. April 1995 erschossen. Er war einer von Pakistans Kinderarbeitern in der Teppichindustrie und in einer Organisation gegen die Schuldknechtschaft aktiv. Als der Chef dieser Organisation, Esanullah Khan, von Iqbals Tod hörte, machte er sich sofort mit einer Videokamera auf den Weg, um den grausamen Anblick von Iqbals Leiche festzu-

halten. Zwei Tage später zeigte er dieses Video auf einer Menschenrechtskonferenz in Genf und behauptete, der angeblich zwölfjährige Junge sei von der "Teppich-Mafia" ermordet worden. Diese Version wird bis heute von der BLLF aufrechterhalten.

Medien und Menschenrechtsorganisationen im Westen nahmen sich des Falles an. Der amerikanische Sender CNN, die französische Nachrichtenagentur afp sowie britische Tageszeitungen berichteten von Iqbals Tod und lasteten ihn ebenfalls der "Teppichmafia" an. Die deutsche Zeitschrift 'Tempo' kürte Iqbal im Dezember 1995 zum "Martyrer des Monats". In einer Presseerklärung vom 20. April 1995 übernahm auch die Menschenrechtsorganisation 'amnesty international' Esanullah Khans Geschichte. Mehrere westliche Länder stoppten ihre Importe pakistanischer Teppiche und anderer Waren, die mit Kinderarbeit im Zusammenhang stehen. Pakistans Teppichexporteure sprachen von Einbußen in Höhe von 10 Millionen US-Dollar

Iqbals Geschichte, so wie sie von Esanullah Khan erzählt



Nicht nur in der Teppichindustrie herrscht weitverbreitete Kinderarbeit ...

wurde, passte ins Bild westlicher Medien, und wurde ungeprüft übernommen. Doch als pakistanische Journalisten sich auf den Weg in das Dorf Muridke machten, förderten sie einen vollkommen anderen Hergang zutage und die Tragödie wandelte sich zur Farce. Iqbal Masih, so lautete ihre Version, machte sich am Tage seines Todes gemeinsam mit zwei Cousins auf den Weg, um einem Verwandten, der auf dem Feld arbeitete, sein Abendbrot zu bringen. Unterwegs sahen die drei den Landarbeiter Ashraf, im Dorf auch unter dem Namen "Hero" (Held) bekannt, wie er mit einem Esel kopulierte. Die Jungen machten sich über ihn lustig und riefen ihm zu, er solle sich schämen. Daraufhin griff Ashraf zu einem Schrotgewehr, daß er seinem Chef gestohlen hatte und schoß. Iqbal Masih wurde von hinten von 120 Schrotkugeln getroffen und starb sofort, sein Cousin Faryad wurde leicht verletzt.

Die meisten Fakten sprechen für diese Version des Falles. So hat eine Untersuchung der pakistanischen Menschenrechtskommission die Eselgeschichte bestätigt, Ashraf, alias "Hero" hat den Mord gestanden und für den Tathergang gibt es Zeugen. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß Iqbal nicht zwölf sondern 19 Jahre alt war und an einer vererbten Kleinwüchsigkeit litt. Vieles deutet darauf hin, daß Esanullah Khan, der sich nach Schweden abgesetzt hat, Iqbals Tod ausschlichten wollte, um Gelder von westlichen Hilfsorganisationen locker zu machen, und dabei westliche Medien geschickt benutzte. Bereits 1993 hatte es in der pakistanischen Zeitschrift 'Herald' einen Bericht gegeben, wonach Esanullah Khan seinen Schützlingen hohe Summen abgeknöpft hatte, die angeblich zur Deckung von Rechtsanwaltskosten fällig seien, obwohl die Rechtsanwälte tatsächlich unentgeltlich gearbeitet hatten. Doch damit ist er die Ausnahme und nicht die Regel unter den Organisationen, die in Pakistan gegen die Kinderarbeit und 'bonded labour' kämpfen.

Teppichexporteure und auch Teile der pakistanischen Regierung nutzen diese Geschichte aber, um Verschwörungstheorien zu untermauern, der Westen betreibe Propaganda über "angebliche bonded labour" mit dem Ziel, seine Märkte pakistanischen Teppichen zu verschließen. Viele Verantwortliche wollen die Kinderarbeit immer noch nicht als eines der drängendsten sozialen Probleme des Landes erkennen und leugnen, daß es so etwas wie 'bonded labour' überhaupt gibt.

Für den pakistanischen Journalisten Zaigham Khan hat die Debatte um den Fall Iqbal Masih vor allem zwei wichtige Funktionen erfüllt: "Sie hat die kriminelle Ignoranz offenbart, die die Regierung gegenüber einer wichtigen sozialen Frage an den Tag legte, bis sie geradezu gezwungen wurde, die harte Realität wahrzunehmen - und immer noch entsprechen ihre halbherzigen Maßnahmen nicht dem enormen Ausmaß des Problems. Und sie hat gezeigt, in welchem Maße eine NGO ausländische Geldgeber an der Nase herumführen konnte, indem es ein komplexes soziales Problem in einen griffigen Slogan

umwandelte."

Kinderarbeit in Pakistan läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Organisationen wie der britische 'Save the Children Fund' suchen deshalb nach Möglichkeiten, zumindest die Bedingungen und Aussichten für die Kinder zu verbessern, etwa durch qualifizierteren und kostenlosen Schulunterricht und Gesundheitsversorgung. Ein weiterer wichtiger Ansatz besteht darin, andere Kreditmöglichkeiten als die unfairen 'paishgee' zu schaffen. Dazu können einige Bewohner eines Dorfes eine Sparvereinigung gründen, deren Mit-

glieder dann das Dreifache ihres Ersparnisses als Kredit erhalten, um sich zum Beispiel selbständig zu machen. Solche Kredite können auch an die Bedingung geknüpft werden, daß die Söhne und Töchter der Familie nicht mitarbeiten. So entstehen neue Perspektiven nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Kinder.

(Andrea Lueg arbeitet als freie Journalistin in Köln und hat Pakistan Ende letzten Jahres im Rahmen eines Stipendiums der Heinz-Kühn-Stiftung besucht)

Kinderarbeit verstößt auch in Pakistan gegen geltendes Recht

Ein Blick auf Verfassung und Gesetzgebung Pakistans fördert gleich bündelweise Gesetzestexte zu Tage, die Kinderarbeit einschränken und zumindest partiell verbieten. So untersagt Artikel 11 der Verfassung als Bestandteil des Grundrechtskatalogs explizit die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren in "Fabriken, Minen oder an sonstigen gefährlichen Arbeitsplätzen." An gleicher Stelle finden sich darüberhinaus weitere Absätze, die Sklaverei, Zwangsarbeit und Menschenhandel in sämtlichen Erscheinungsformen unter Strafe stellen. Außerdem verpflichtet Verfassungsartikel 38 den Staat dazu, alle notwendigen Voraussetzungen für eine vollständige körperliche und geistige Entwicklung seiner Bürger zu schaffen.

Neben diesen Verfassungsstandards existieren mindestens zehn weitere Gesetze, die Kinder vor Ausbeutung schützen sollen und die Beschäftigung von Minderjährigen reglementieren. Die meisten dieser gesetzlichen Bestimmungen stammen jedoch kurioserweise noch aus der Zeit der britischen Kolonialherrschaft, was heutzutage bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Befürwortern und Gegnern der Kinderarbeit Probleme ganz eigener Art aufwirft, da dieses juristische Erbe vielfach im Widerspruch zu neueren Gesetzestexten steht. Ein Beispiel: Die Verfassung und auch der 'Employment of Children Act' von 1991 definieren ein Kind als "eine Person im Alter unter 14 Jahren", während die alten Kolonialgesetze ein Kind als eine Person bezeichnen, "die ihr 15. Lebensjahr noch nicht vollendet hat." Entsprechend ist die Frage umstritten, für welche Altersgruppe die betreffenden Schutzbestimmungen gelten.

Auch auf anderen Gebieten gehen die alten Gesetze über die Minimalstandards von Verfassung und neueren Gesetzen hinaus: So verbietet schon ein Gesetz aus dem Jahre 1923, das sogenannte 'Children (Pledging of Labour) Act', jegliche Geschäfte, die auf eine Verpfändung kindlicher Arbeitskraft hinauslaufen. In Form der Schuldknechtschaft, wobei in finanzielle Nöte geratene Eltern ihren Nachwuchs an einen

Unternehmer gegen Zahlung eines Kredits "verkaufen", ist jedoch dies auch heute noch weitverbreitete - weil von den zuständigen Behörden geduldet - Praxis, wie die Beispiele der Teppichbranche und der Ziegelindustrie zeigen.

Der 'Factories Act' von 1934 untersagt grundsätzlich die Beschäftigung von Kindern in Fabriken, wobei mit Blick auf die eingangs zitierte Formulierung des 11. Verfassungsartikels von Bedeutung ist, daß in diesem Zusammenhang eine Fabrik definiert wird als ein "beliebiger Raum, in dem einschließlich des dazugehörigen Geländes 20 oder mehr Arbeiter tätig sind." Mit Rückgriff auf diese Definition könnten also pakistanische Gerichte ohne Änderung oder Ergänzung der Verfassung jederzeit auch gegen Kinderarbeit in Manufakturen, Handwerksbetrieben und im informellen Sektor strafrechtlich vorgehen.

Die 'Shops and Establishments Ordinance' von 1969 schließlich verbietet die Beschäftigung von Kindern in Geschäften und Dienstleistungsgewerben aller Art. Namentlich genannt werden an dieser Stelle Hotels, Restaurants, Cafes, Kinos und vergleichbare Betriebe.

Das jüngste Gesetz zum Thema Kinderarbeit, der bereits erwähnte 'Employment of Children Act' von 1991 erweitert den Katalog der für Kinder verbotenen Berufe und Arbeitsplätze um eine stattliche Liste, darunter seltsamerweise auch Gewerbe, die längst der Moderne zum Opfer gefallen sind. Zu den relevanten Tabujobs gehören Tätigkeiten, wie sie bei der Eisenbahn, in Häfen und in der Sprengstoffindustrie anfallen, aber auch das Teppichweben, die Seifenherstellung, das Gerben von Leder und sonstige Handarbeiten, die den Kontakt mit giftigen Materialien und Substanzen erfordern. Verstöße sind laut Gesetzestext mit einem Jahr Gefängnis und/oder mit einer Geldstrafe in Höhe von 20.000 Rupien (rund 870 DM) zu ahnden. Bis heute ist jedoch kein einziger Fall bekannt, in dem ein pakistanisches Gericht gegen Beschuldigte mit Berufung auf dieses Gesetz auch nur Anklage erhoben hat. Die Diskussion um eine Reform der in manchen Punkten

widersprüchlichen und oft vage formulierten Gesetzgebung und Forderungen nach einer deutlichen Verschärfung der Kinderarbeitsbestimmungen erscheinen vor diesem Hintergrund als müßig, solange die Richter nicht einmal das bestehende Instrumentarium anwenden.

Positive Impulse für ihren Kampf gegen die Kinderarbeit erhoffen sich deshalb die in NGOs wie der 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) oder auch der in die Schlagzeilen geratenen 'Bonded Labour Liberation Front' (BLLF) organisierten Menschenrechtsaktivisten eher von internationalen Vertragswerken wie der UN-Kinderschutzkonvention, die Pakistan inzwischen nach langem Zögern ratifiziert hat. Seitdem haben UN-Organisationen das Recht, jederzeit vor Ort eigene Nachforschungen anzustellen. UNICEF, Weltbank und ILO (International Labour Organization) machten bereits von dieser Möglichkeit Gebrauch und fertigten umfangreiche Studien an, die der pakistanischen und der internationalen Öffentlichkeit bislang fehlendes seriöses Datenmaterial lieferte. Dadurch geriet die Bhutto-Regierung, die bis in die jüngste Zeit die Existenz von Kinderarbeit und Schuldknechtschaft stets bestritt, unter erheblichen Rechtfertigungsdruck. Dazu trägt auch bei, daß Islamabad mit dem Beitritt zur Kinderschutzkonvention verpflichtet ist, einem in Genf ansässigen UN-Komitee für Kinderrechte jährlich Bericht zu erstatten. Der erste Report dieser Art stieß auf vernichtende Kritik, die durch ein beachtliches Medienecho noch verstärkt wurde. So warf man der pakistanischen Regierung vor, die Umsetzung der Konvention bewußt zu verzögern und die Durchsetzung geltender Schutzvorschriften zu vernachlässigen.

Dem schon jetzt eingeübten alljährlichen Ritual internationaler Medienschele in der Frage der Kinderarbeit und dem damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Schaden kann Islamabad nur noch mit echten Reformen entkommen, nicht mehr mit bloßer legalistischer Kosmetik - so hoffen wenigstens pakistanische Menschenrechtler.

(Jorge Scholz)